

5  
**Debatte über außerplanmäßigen Zuschuss für Prater-Vorplatz**

GR Mag. Wolfgang Jung (FPÖ) kritisierte die Wiener SPÖ dahingehend, dass die gesamte Baugeschichte des Prater-Vorplatzes von Fehleinschätzungen, Beschwichtigungen und Ausreden gezeichnet gewesen wäre. Nun verspiele die Stadtregierung zusätzlich 8 Mio. Euro ohne an die BürgerInnen zu denken, die diese Summe mit ihren Steuergeldern bezahlen würden. Dies sei nicht das erste Beispiel für die "Misswirtschaft" der Stadt Wien, das Finanzressort sollte grundlegend umstrukturiert werden. Jung stellte einen Abänderungsantrag, "die gerechtfertigten Ansprüche der Unternehmer im Zusammenhang mit der Errichtung des Prater Vorplatzes" zur Gänze abzudecken.

GR DI Sabine Gretner (Grüne) kritisierte, dass im Ausgleichsbericht Ungereimtheiten zu finden seien. So sei bereits Anfang des Jahres die Kostenüberschreitung sichtbar gewesen, darauf sei aber nicht reagiert worden bzw. die Tatsache sei nicht zugegeben worden. Auch die Wünsche seitens der Stadt seien unklar gewesen und hätten dadurch die Kosten in die Höhe getrieben. Weiters sei auch der Geldfluss nicht nachvollziehbar. Gretner erinnerte daran, dass die Ausgleichssumme von 7,9 Millionen bereits schon einmal im Topf gewesen sei und hinterfragte den Verbleib der Summe. Aufgrund der nicht wahrgenommenen Verantwortung seitens Laska würden die Grünen einen Misstrauensantrag gemeinsam mit der ÖVP stellen.

GR Mag. Alexander Neuhuber (ÖVP) merkte an, dass diese Debatte bereits im Sommer schon einmal stattgefunden hätte. Schon damals sei nichts daraus gelernt worden. Besonders zu kritisieren sei das Auswahlverfahren und die komplizierte Konstruktion der einzelnen beteiligten Firmen, hinter der man "Verantwortung verstecken könne". Auch Neuhuber forderte, den Verbleib aller Gelder aufzuklären. Die SPÖ müsse sich der Konsequenzen bewusst werden und politische Verantwortung zeigen. Der Misstrauensantrag an Laska sei vor allen ein Infragestellen des "Systems Wien". Die ÖVP wolle dem Antrag auf Gesellschafterzuschuss jedenfalls nicht zustimmen.

GR Heinz Vettermann (SPÖ) nahm zu den Vorwürfen seiner Vorredner Stellung und kritisierte den Abänderungsantrag von GR Jung als "populistische Aktion". Planung und Beauftragung seien korrekt und klar gewesen. Zu fordern, mitzubeschließen und nachher zu kritisieren, sei merkwürdig. Zudem läge die betriebswirtschaftliche Verantwortung nicht bei der Stadträtin. Vettermann betonte die gute Arbeit von Laska, die viel für die Stadt leiste. Politische Verantwortung sei, den Ausgleich heute sicherzustellen, um den Firmen und dem Prater zu helfen.

**Debatte über außerplanmäßigen Zuschuss für Prater-Vorplatz**

GR Johann Herzog (FPÖ) stellte fest, dass es eine begleitende Kontrolle des Projekts hätte geben müssen. Die SPÖ hätte die Missstände rund um den Prater-Vorplatz zu verantworten. Dem vorliegenden Antrag werde die

FPÖ allerdings zustimmen, da die betroffenen Firmen "nicht im Regen stehen gelassen werden dürften".

GR DI Martin Margulies (Grüne) wünschte sich Aufklärung über die Finanzierungsflüsse. Er forderte in diesem Zusammenhang eine entsprechende "politische Kultur" ein. Er kritisierte die "immensen Kostenüberschreitungen" und ein nicht korrektes Vergabevorgehen. Margulies warf Laska weiters Konzeptlosigkeit vor. Sie hätte auch die Schulsanierung "verschlafen", daher sei der Misstrauensantrag gerechtfertigt.

GR Dr. Wolfgang Aigner (ÖVP) stellte fest, dass gerade das Ausmaß des "Prater-Debakels" den Misstrauensantrag notwendig mache. Die SPÖ agiere wie eine "Finanzheuschrecke" und umgehe Ausschreibungen. In diesem Zusammenhang brachte er einen Antrag ein, der die Auflösung sämtlicher Tochterfirmen der Stadt vorsehe. Darüber hinaus forderte er Einsparungsmaßnahmen im Ressort der Stadträtin und brachte einen dementsprechenden Antrag ein. Abschließend brachte Aigner auch noch einen Beschlussantrag ein, der eine Prüfung der Euro-Fanzonen durch das Kontrollamt vorsieht.

GRin Barbara Novak (SPÖ) hielt fest, dass der Gemeinderat beschlossenen hätte, die betroffenen Unternehmen zu unterstützen. Die SPÖ wolle das Ausgleichsverfahren nicht verzögern. Es müsse jedoch genau geprüft werden, dann erst könne es zur "eigentlichen Bezahlung" kommen. Die Vorwürfe der Opposition wies Novak zurück. Die Unternehmen seien in den Prozess eingebunden und politische Verantwortung würde wahrgenommen werden. Ein Misstrauensantrag sei daher nicht angebracht.

GRin Mag. Ines Anger-Koch (ÖVP) kritisierte, dass die finanziellen Vorgänge rund um den Prater-Vorplatz auf Kosten der Steuerzahler gehen würden. 40 Prozent Ausgleichszahlung sei eine "Farce". Sie vermisse bei der SPÖ soziale Verantwortung, da die betroffenen Unternehmen keine Gehälter mehr bezahlen könnten und vom Konkurs betroffen wären. Abschließend kritisierte Anger-Koch "teure Medienkampagnen" der Stadt.

Abstimmung: Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde abgelehnt, die Ausgleichszahlung an die Praterservice GmbH wurde einstimmig angenommen, der Antrag zur Prüfung der Euro-Fanzonen durch das Kontrollamt wurde einstimmig angenommen, der Misstrauensantrag gegen StRin Laska fand keine Mehrheit, andere Beschluss- und Resolutionsanträge der ÖVP fanden ebenfalls keine Mehrheit.

#### **Bewerbung Büchereien Wien**

GR Mag. Wolfgang Jung (FPÖ) hielt fest, dass die FPÖ dem Antrag zur Bewerbung der Büchereien Wien in der Höhe von einer Million Euro nicht zustimmen werde.